

Gemeinsame Pressemitteilung von: AfricAvenir International, Afrika-Rat Berlin Brandenburg, Afrika-Rat Nord, AFROTAK TV cyberNomads, Arbeitskreis Panafrikanismus München (AKPM), Artefakte//anti-humboldt, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER), Berlin Postkolonial, Deutsch-Afrikanische Gesellschaft Berlin (DAFRIG), Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund), Solidaritätsdienst International (SODI).

PRESSEMITTEILUNG

(Fototermin: 22.03., 17 Uhr, s.u.)

Völkermord verjährt nicht!

Deutschland muss endlich um Entschuldigung bitten für den Genozid in Namibia und die Nachfahren der Opfer entschädigen

Berlin, 20.03.2012. Seit über hundert Jahren warten die Menschen in Namibia auf eine Entschuldigung von Deutschland für den zehntausendfachen Mord, den deutsche Soldaten dort zu Beginn des vorigen Jahrhunderts begangen haben. „Es ist eine Schande und vollkommen inakzeptabel, dass die Bundesrepublik bis heute zu keiner formellen Bitte um Entschuldigung gegenüber den Nachfahren der Opfer bereit ist“, sagt Armin Massing vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER).

Zwischen 1904 und 1908 verübte die Armee des deutschen Kaiserreichs in der damaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“, der heutigen Republik Namibia, den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. 80 Prozent der Herero, die Hälfte aller Nama sowie viele Damara und San – wissenschaftliche Schätzungen gehen von über 100.000 Menschen aus – wurden von der sogenannten „Schutztruppe“ ermordet. Die historische Forschung ist sich einig, dass es sich dabei um einen Genozid gehandelt hat. Dennoch hat Deutschland die Nachfahren der Opfer bisher weder offiziell um Vergebung gebeten noch Entschädigung für ihre gravierenden Verluste an Land und Eigentum angeboten.

„Die Menschen in Namibia wollen dieses schmerzhafteste Kapitel der deutsch-namibischen Geschichte endlich abschließen und gemeinsam mit Deutschland nach vorne schauen. Doch dafür bedarf es von deutscher Seite zunächst einmal einer offiziellen Bitte um Entschuldigung und Vergebung“, sagt Israel Kaunatjike, in Berlin lebender Herero.

Am 22. März – einen Tag nach dem namibischen Unabhängigkeitstag und dem internationalen Tag gegen Rassismus – wird im Bundestag über einen Antrag abgestimmt, in dem diese Geste und auch Wiedergutmachungsleistungen seitens Deutschlands gefordert werden. Als zivilgesellschaftliches Bündnis fordern wir die Mitglieder aller Parteien des Bundestages auf, sich Deutschlands historischer Verantwortung für das kolonial-rassistische Unrecht endlich zu stellen und sich – im Dialog mit den betroffenen Völkern – aufrichtig um Wiedergutmachung zu bemühen.

Am 22.03.2012 führt das Bündnis um 17.00 Uhr eine Aktion vor dem Bundestag durch, die für die Fotoberichterstattung gut geeignet ist.

Pressekontakt: Armin Massing: beratung@ber-ev.de , 030 - 49855380

Israel Kaunatjike: kalahari-berlin@web.de, 030 - 21568360, 0173-1035605

Weitere Informationen sowie der bundesweit von **über 70 Organisationen** unterstützte **Aufruf** unter: www.restitution-namibia.de